

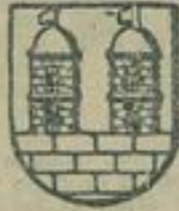
Wilsdruffer Tageblatt

Zeitsprecher Wilsdruff Nr. 6

Wochenblatt für Wilsdruff und Umgegend

Postfachkonto Dresden 2640

Ersteilung (auch mit Ausnahme der Sonn- und Festtage nachmittags 5 Uhr für den folgenden Tag. Preis pro Blatt 20 Pf., durch die Post bezogen monatlich 2,00 Pf., durch die Post bezogen vierteljährlich 5,00 Pf., durch die Post bezogen halbjährlich 9,00 Pf., durch die Post bezogen jährlich 16,00 Pf. In den Monaten April, Mai, Juni, Juli, August, September, Oktober, November, Dezember sind die Preise um 10 Pf. erhöht. In den Monaten Januar, Februar, März, April, Mai, Juni, Juli, August, September, Oktober, November, Dezember sind die Preise um 10 Pf. erhöht. In den Monaten April, Mai, Juni, Juli, August, September, Oktober, November, Dezember sind die Preise um 10 Pf. erhöht.



Verantwortlicher Schriftleiter: Hermann Kästner, für den Inseratenteil: Arthur Schunke, beide in Wilsdruff.

Erscheint seit dem Jahre 1841

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Meißen, des Amtsgerichts zu Wilsdruff, des Stadtrats zu Wilsdruff, des Forstrentamts Charandt und des Finanzamts Rössen.

Verleger und Drucker: Arthur Schunke in Wilsdruff. Verantwortlicher Schriftleiter: Hermann Kästner, für den Inseratenteil: Arthur Schunke, beide in Wilsdruff.

Nr. 190

Mittwoch den 16. August 1922.

81. Jahrgang

Amtlicher Teil.

Die Stadtvorordnetenversammlung am 17. d. Mts. findet nicht 7 Uhr, sondern bereits 6 Uhr abends statt.

Wilsdruff, am 14. August 1922. Der Stadtvorordnetenvorsteher.

Kleine Zeitung für eilige Leser.

- * Nach einer noch unbestätigten Meldung ist in London beschlossen worden, daß Deutschland die am 15. August fällig gewordenen 40 Millionen Goldmark an Ausgleichszahlungen bezahlen soll.
- * Reichspräsident Ebert und Innenminister Brüder hielten bei der Breslauer Gedächtnisfeier für die Opfer des Weltkrieges eine Rede.
- * Der bayerische Kultusminister will die Richtlinien des Reichsministers des Innern für den republikanischen Schulunterricht in den bayerischen Schulen nur mit Vorbehalt und Einschränkung annehmen.
- * Die fünfte deutsche Ostmesse ist in Königsberg in Ostpreußen eröffnet worden.
- * In England erwartet man den Rücktritt des Schatzkanzlers Sir Robert Horne.
- * Der englische Zeitungsjournalist Lord Northcliffe ist in London im Alter von 57 Jahren gestorben.
- * Der Führer der italienischen Faschisten, Mussolini drohte mit einem Staatsstreich und einem Vormarsch auf Rom.

Die Vertreibung der Elässer.

Am 12. August wurde in London über einen Antrag verhandelt, nach dem Deutschland am 15. August die fällige Ausgleichszahlung in Höhe von 2 Millionen Pfund Sterling zu leisten habe, wie Herr Poincaré das für seine Person schon am 5. August für verbindlich erklärt hat. Die deutsche Botschaft in London hat sich gegen diesen Antrag ausgesprochen, indem es die Londoner Konferenz vor eine solche Frage stellt, einer Lösung davongetragen. Welche Nutzen kann man sich bei den beiden Parteien leisten versprechen, die die Reichsregierung in Paris überreichen ließ? Die eine gegen die Verhängung der sogenannten Retorsionen, deren Rechts- und Vertragswidrigkeit schließlich nachgewiesen wird, die andere gegen die Massenverhaftungen von deutschen Staatsangehörigen aus Elsaß-Lothringen, die ebenso mit den Grundsätzen des Völkerrechts wie mit jeder Menschlichkeit im Widerspruch stehen.

Der französischen Regierung wird vorgehalten, daß sie abermals ein schweres Unrecht gegen Deutschland begehe, indem sie sich Eingriffe in das deutsche Eigentum herausnehme, nur weil Deutschland lediglich die Abänderung eines bestehenden Vertrages beantragt hat; und in dem andern Falle wird die Grausamkeit der Vertreibung von Dundern unschuldiger und hilfloser Menschen aus einem Grunde, mit dem sie selber nicht das geringste zu tun haben, mit Recht als eine unerhörte Gewaltthat gebrandmarkt. In beiden Fällen wird Verwahrung eingelegt gegen ein Verfahren, das von direkten Kriegsmahnahmen schon gar nicht mehr weit entfernt ist, und es wird zur Nachprüfung der Retorsionen die Anrufung eines internationalen Schiedsgerichts vorgeschlagen für den Fall, daß die französische Regierung auf ihrem Standpunkte beharren sollte. Man muß wohl befürchten, daß Herr Poincaré weder für diese Verwahrungen noch für den Gedanken eines Schiedsgerichts das mindeste Verständnis zeigen wird — und muß abermals mit grimmiger Schmerz feststellen, daß unsere Ohnmacht den früheren Feinden nachgerade jede, aber auch jede Herausforderung ermöglicht, zu der sie sich aufgelegt fühlen.

Das Schlimme ist, daß Herr Poincaré trotzdem zur gleichen Zeit in London die Miene gekränkter Unschuld aufsetzt und, auf angebliche deutsche Verfehlungen gestützt, erstbass und weitere „Sanktionen“ gegen uns kündigt. Niemand findet sich dort, der aufsteht und ihm direkt ins Gesicht hinein sagt, auf welcher Seite wir wirklich Verfehlungen gegen die bestehenden Verträge, Verfehlungen gegen den von den Völkern ererbten Frieden, Verfehlungen gegen den dringend notwendigen Wiederaufbau Europas begangen werden. Herr Schanze, der Vertreter Italiens auf der Londoner Konferenz, weicht sich wohl gegen die übermäßigen Anträge der französischen Republik, aber von der Sprache, in der sich der frühere italienische Ministerpräsident Ritti jetzt immer wieder in der Öffentlichkeit ergeht, hält er sich sorgfältig fern. Es scheint, daß man in den Entente-Ländern erst außer Amt und Würden sein muß, wenn man den Mut findet, die Wahrheit zu sagen. Auch Lloyd George wagt es, sich zu ihr zu bekennen, wenn er irgendwo im Lande vor unpolitischen Gesellschaften Sonntagspredigten halten muß. Sobald er an verantwortlicher Stelle wirkt, ist er ganz Diplomat und kann sich gar nicht genug wachen und wachen, um seine französischen Freunde, auch wenn sie noch so anstandslos aufsteigen, nur ja mit keinem Worte zu kränken. Für ihn

lichen Deutschland die innere Politik kennzeichnete: „Nur keine Krisen!“ Er scheint nichts so sehr zu fürchten als einen Bruch in der Entente, und Herr Poincaré müßte nicht sein, was er ist, wenn er nicht, auf diese Gewissheit gestützt, danach sein Auftreten in London bestimmte. Deutsche Proteste werden und können gegen diesen Mann nichts anrichten.

Die Welt würde erst anfangen können aufzuatmen, wenn sich in London oder in Rom — da Washington vorläufig immer noch ausschließt — endlich ein Mann fände, der den Inhalt dieser Proteste in ganz unmissverständlicher Weise aufnahm. Auf der gegenwärtigen, der dreizehnten Konferenz seit dem Weltkriege, werden wir allerdings ein solches Schauspiel schwerlich noch erleben. Vielleicht muß erst das zweite Duzend dieser Veranlassungen voll sein, ehe es so weit kommen wird.

Wie die französische Kultur hauste.

Poincaré hat mit seinem Vorstoß gegen die 500 Deutschen einen für seine Politik besonders kennzeichnenden Sieg errungen. In den letzten Tagen sind die 500 zur Ausweisung aus Elsaß-Lothringen bestimmten Deutschen nebst ihren Familien über die Grenze nach Deutschland gestrichelt. Wer nicht rechtzeitig fort war, wurde mit sechs Monaten Gefängnis bedroht. Früh morgens 5 bis 6 Uhr wurden die Opfer dieser bisher unerhörten Ungerechtheit aus ihrer Wohnung, sozusagen aus dem Bett herausgeholt und ins Polizeilokal geführt, wo ihnen die Ausweisungsbefehle in deutscher und französischer Ausfertigung überreicht wurden.

Als „lästige Ausländer“ mußten Männer und Frauen bis zum hohen Alter von 75 und 80 Jahren, die zuweilen 40 Jahre im Elsaß und in Lothringen ihre Heimat gefunden hatten, binnen 48 Stunden das Land verlassen. Es waren zum Teil einfache Leute, die über die Reiter Rheinbrücke gestrichelt kamen. Arbeiter und Angestellte, Kontoristinnen, Kellnerinnen, daneben auch Geschäftsleute, Menschen, die sich um alles andere, als um hohe Politik kümmern und unmöglich jene „notorisch landschädlichen deutschen Elemente“ sein können, deren Ausweisung allein nach der Zufolge des Herrn Poincaré in Betracht kommen sollte.

Viele der Flüchtlinge, die auf badisches Gebiet gekommen sind, sind völlig mittellos, viele besitzen nur eine geringe Barschaft. Ihre Wohnungen wurden mit Verstoß belegt oder sogar verpfändet, so daß sie keine Möbel verkaufen konnten, um sich ein paar hundert Franken zu beschaffen. Die Vertriebenen sind meistens badische, bayerische, württembergische oder preussische Staatsangehörige.

In der Sadgasse.

Provisorium auf zwei Monate?

In einer Habasmeslung aus London wird festgestellt, daß die Konferenz in einer Sadgasse angelangt ist. Die Finanzminister und die Sachverständigen hätten sich über die von Deutschland zu verlangenden Garantien nicht einigen können. Ihr Verzicht stelle die Meinungsverschiedenheiten der verschiedenen Delegationen fest, die sich nicht nur auf die Frage der Kontrolle der staatlichen Vergewerke im Ruhrgebiet und der Staatsforste auf dem linken Rheinufer erstreckten, sondern auch auf das Programm des Moratoriums selbst.

Die englische Auffassung

gehe dahin, Deutschland für alle Geldzahlungen bis Ende 1924 einen Zahlungsaufschub zu gewähren, ob es sich um Reparations- oder Ausgleichszahlungen oder um die Kosten des Besatzungsheeres oder um die Unterhaltungskosten der Kommissionen handle. Italien wolle, daß das Moratorium sich nicht über 1923 hinaus erstrecke. Die Franzosen wollten nicht über 1922 hinausgehen. Die Vertreter Frankreichs, Italiens und Belgiens hätten jedoch einstimmig den Teil der englischen Vorschläge zurückgewiesen, bei der Ausgabe einer internationalen Anleihe auf dem Ertragnis der 20prozentigen Abgabe von der deutschen Ausfuhr aufzubauen wolle, ohne zu gleicher Zeit das Problem der interalliierten Schulden zu regeln. Die belgischen Sachverständigen hätten einen Vermittlungsvorschlag unterbreitet, durch den ein Moratorium für die Zahlungen bis Ende des laufenden Jahres gewährt werde, es jedoch in das Verlangen der Reparationskommission gestellt werden solle, die zukünftigen Zahlungen Deutschlands zu bestimmen, ohne allerdings deren Umfang, wie der englische Vorschlag es wolle, auf den Ertrag der 20prozentigen Ausfuhrabgabe zu beschränken. Im allgemeinen wird festgestellt, daß bei den Delegationen einmütig der Wunsch bestehe, zu verbinden, daß die Konferenz ohne eine gemeinsame Entschel-

dung der Alliierten hinsichtlich des deutschen Moratoriums für die Jahre 1922, 1923 und 1924 ausseinerbilde. Man hält einen englischen Vorschlag für aussichtsreich, der darauf abzielt, provisorisch die allgemeine Regelung des Reparationsproblems

auf etwa zwei Monate zu versetzen.

Erst dann würden die Alliierten entscheiden, zu welchen Bedingungen man Deutschland ein Moratorium für seine Zahlungen bewilligen könne. Während dieser kurzen Zeitdauer müsse das Reich fortfahren, seine Verpflichtungen zu erfüllen. Es könne aber auch die Bewilligung eines kurzfristigen Moratoriums von sechs bis acht Wochen gegen weniger umfassende und der Zeitdauer angepaßte Garantien in Frage kommen.

Ein unmöglicher Beschluß.

Das französische Habasbureau läßt wieder einmal den Wunsch den Vater des Gedankens sein und meinet, es sei eine Einigung dahin erzielt worden, von Deutschland am 15. August die Zahlung der fälligen 2 Millionen Pfund Sterling zu verlangen. Für die Zukunft werde die Frage jedenfalls auf dem Wege direkter Verhandlungen zwischen Deutschland und den alliierten Ländern geregelt. — Lloyd George erklärte, die englische Politik bestünde, Deutschland durch Verzicht auf einen freiwilligen Zusammenarbeiten mit den Verbündeten bei der Durchführung des Versailles-Vertrages zu bestimmen.

„Ginst kommt der Tag.“

Das Londoner Blatt „Sunday Times“ schreibt: Der Tag wird kommen und es wird gut sein, wenn wir darauf vorbereitet sind, an dem es kein Kompromiß mehr geben kann. Die Entente ist dem britischen Herzen teuer, sie besitzt aber für uns einen sentimental Wert, der in keinem Verhältnis zu dem materiellen Vorteil steht. Es gibt verhängnisvollere Möglichkeiten, denen das Europa von heute ausgesetzt ist, als den Bruch der Entente. Auf jeden Fall ist es hohe Zeit, daß unsere französischen Freunde aufhören, die Entente ausschließlich als Zwangsmittel gegen Deutschland anzusehen.

Politische Rundschau.

Deutsches Reich.

Die Wahrung der deutschen Rechte in Oberschlesien.

Die Reichsregierung hat im Einvernehmen mit der preussischen Regierung den Oberregierungsrat Dr. Dübding zum Staatsvertreter bei der Gemischten Kommission und dem Schiedsgericht für Oberschlesien ernannt. Die Aufgabe des Staatsvertreters ist es, die der ober-schlesischen Bevölkerung zustehenden Rechte zu wahren, deren Verletzung zu verfolgen und für Abstellung der erhobenen Beschwerden zu sorgen. Ihm liegt es ferner ob, die Wünsche und Beschwerden der ober-schlesischen Bevölkerung, der Industrie-, Handels- und Arbeiterkreise zusammenfassend bei den Reichs- und preussischen Ministerien zur Geltung zu bringen.

Herbstzulagen für Eisenbahnbeamte und -arbeiter.

Zur Bewältigung des zu erwartenden Herbstverkehrs hat der Reichsverkehrsminister Richtlinien für die Steigerung der Leistungen des Personals herausgegeben. Für die während des Herbstes nötigen Mehrleistungen werden den Beamten und den Arbeitern besondere Zulagen gewährt. Je nach den Gehaltsstufen beziffert sich die tägliche Zulage auf 30, 35 oder 40 Mark, und in den besonders schweren Fällen auf 60, 70 und 80 Mark pro Tag. Die Rangierprämien und die Aufwandsentschädigungen des Zugpersonals werden, soweit die Voraussetzungen für die besondere Zulage vorliegen, auf die gleichen Höhe gebracht. Die vorliegende Maßnahme steht mit der Frage der Erhöhung der Teuerungszulagen in keinem Zusammenhang.

Tschecho-Slowakei.

X Tagung der zweiten Internationale. Das Präsidium der 2. Internationale, das in Prag unter dem Vorsitz von Henderson über die Einberufung des nächsten Weltkongresses der sozialistischen Arbeiterschaft verhandelt, hat beschlossen, daß die Konferenz der 2. Internationale, die Anfang Oktober in Hamburg stattfinden sollte, vertagt wird, damit in nächster Zeit ein Weltkongress auf breiter Grundlage durch Hinzuziehung der drei Internationalen einberufen werden kann. Ferner wurde beschlossen, mit der kommunistischen Partei in keiner Weise zu verhandeln, nachdem diese Partei sich durch ihr ganzes Auftreten auf der Höhe der Sozialdemokratie gestellt habe. Weiter wurde eine Reihe von Entschlüssen angenommen, darunter in erster Linie ein Protest des Internationalen Sozialistischen Bureau gegen die Moskauer Urteile.